



Schulstationen retten

soziale Arbeit an Schulen darf nicht weggekürzt werden

In Marzahn-Hellersdorf droht der Verlust eines wichtigen Angebots für Kinder und Jugendliche: der Schulstationen. Diese Einrichtungen bieten direkte Unterstützung im Schulalltag durch sozialpädagogische Fachkräfte, die Schülerinnen und Schüler begleiten, Konflikte lösen helfen, Freizeitangebote organisieren und Eltern beraten. Gerade an Schulen in Stadtteilen mit besonderen sozialen Herausforderungen sind solche niedrigschwellige Angebote unverzichtbar.

In unserem Bezirk gibt es vier dieser Schulstationen: an der Selma-Lagerlöf-Grundschule, an der Gretel-Bergmann-Gemeinschaftsschule, an der Schule am Rosenhain sowie eine geplante Station an der neuen 36. Grundschule in Mahlsdorf. Doch das CDU-geführte Bezirksamt will zwei dieser Einrichtungen streichen.

Auf Initiative der Linksfraktion konnte in der Bezirksverordnetenversammlung zumindest erreicht werden, dass zwei Standorte erhalten bleiben – die Schulstation an der Selma-Lagerlöf-Grundschule und die geplante Station in Mahlsdorf. Die Einrichtungen an der Gretel-Bergmann-Schule und der Schule am Rosenhain sollen jedoch ersatzlos wegfallen. Dabei zeigt eine laufende Online-Petition von Eltern an der Gretel-Bergmann-Schule deutlich, wie groß die Unterstützung in der Nachbarschaft für den Erhalt dieser Angebote ist.

Noch während der Haushaltsdebatte hat die Linksfraktion versucht, alle vier Schulstationen zu sichern. Wir schlugen vor, frei gewordene Mittel im Bezirk umzuschichten, um die Finanzierung zu ermöglichen. Doch SPD und CDU lehnten den Vorschlag ab. Damit wurde die Chance vertan, ein wertvolles soziales Angebot dauerhaft zu retten.

Die Entscheidung ist ein schwerer Rückschlag für Kinder, Eltern und Lehrkräfte. Schulstationen sind Orte der Unterstützung und des Vertrauens, die Schulalltag und Chancengleichheit verbessern.

Wir als Linksfraktion setzen uns weiterhin dafür ein, dass alle Schulstationen erhalten bleiben. Gerade in Zeiten wachsender sozialer Ungleichheit muss Schule mehr sein als Unterricht. Sie braucht Räume, in denen Kinder gestärkt und begleitet werden – an jeder Schule und in jedem Kiez.



Sarah Bigall & Bjoern Tielebein

Fraktionsvorsitzende

✉ sarah.bigall@linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de

✉ bjoern.tielebein@linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de

Stillstand am Cecilienplatz

endlich handeln statt weiter zusehen!

Am Cecilienplatz in Kaulsdorf-Nord zeigt sich ein Beispiel dafür, wie politische Untätigkeit auf Kosten der Anwohnerschaft geht. Die seit Jahren leerstehenden Ruinen an den Hausnummern 10 bis 12 waren lange ein massives Sicherheitsrisiko. Immer wieder kam es zu Bränden, herabfallenden Gebäudeteilen und anderen Gefahren. Erst nach kontinuierlichem Druck der Linksfraktion und einer Unterschriftensammlung aus der Nachbarschaft handelte das Bezirksamt und ließ die Gebäude sichern. Seitdem sind die Ruinen nicht mehr nur mit Holz, sondern mit stabilen Metallplatten versiegelt. Damit wurde die akute Brandgefahr deutlich reduziert – ein wichtiger Teilerfolg.

Doch anstatt die Fläche nun endlich einer sinnvollen Nutzung zuzuführen, herrscht erneut Stillstand. Dabei hatte die Bezirksverordnetenversammlung im November 2024 auf Initiative der Linken beschlossen, dass der Abriss und eine anschließende Neubebauung vorbereitet werden sollen. Diese Forderung blieb bis heute ohne Konsequenzen. Stattdessen kursieren Gerüchte über finanzielle Schwierigkeiten des Eigentümers, die erklären könnten, warum auf der Baustelle seit Jahren nichts passiert. Die Gefahr besteht, dass das Gelände weiter verfällt und am Ende mit Gewinn verkauft wird, sobald die Umgebung noch begehrter wird.



Tatsächlich liegen längst gültige Baugenehmigungen vor. Bereits 2023 wurde der Bau von zwei, im Folgejahr von einem dritten Wohnhochhaus genehmigt – insgesamt fast 300 Wohnungen. Doch der Eigentümer ist im Zugzwang: Ab Erteilung der Genehmigung bleiben genau zwei Jahre, um mit dem Bau zu beginnen. Läuft diese Frist ab, ohne dass etwas passiert oder eine Verlängerung beantragt wird, erlischt die Genehmigung. Dann wäre der jahrelange Stillstand nicht nur eine städtebauliche, sondern auch eine finanzielle und planerische Verschwendung.

Die Linke fordert, dass das Bezirksamt jetzt endlich aktiv wird. Es braucht Transparenz über den aktuellen Stand der Eigentumsverhältnisse und der Bauplanung. Wenn

der Investor seiner Verpflichtung nicht nachkommt, muss geprüft werden, ob eine Enteignung oder Übernahme durch eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft möglich ist. Das Gelände am Cecilienplatz ist groß genug, um dringend benötigten bezahlbaren Wohnraum und gleichzeitig soziale Infrastruktur zu schaffen.

Ein Gelände von dieser Größe darf nicht weiter brachliegen, während in der Umgebung soziale Treffpunkte, wohnortnahe Versorgung und öffentliche Räume fehlen. Statt weiter zuzusehen, muss das Bezirksamt handeln, damit aus einer jahrelangen Ruine endlich ein lebendiges Stück Stadt wird.



**Immer auf dem Laufenden bleiben:
Jetzt den Newsletter der
BVV-Fraktion abonnieren!**

www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de/newsletter





Auf hoffnungsvollen Frühling folgt kämpferischer Herbst:

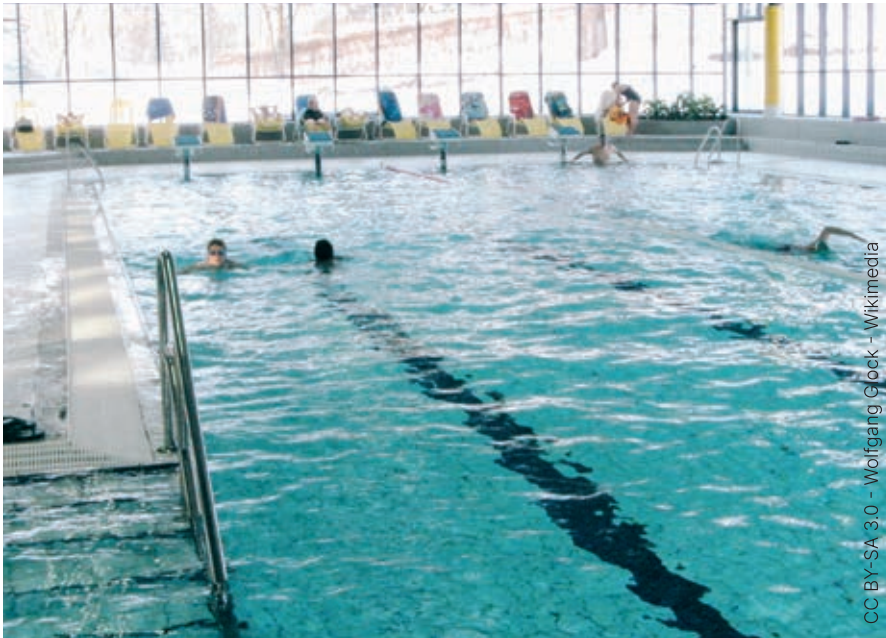
Initiativen in Marzahn-Hellersdorf engagieren sich für ihre Kieze

Für den 25.09. riefen mehrere Anwohnerinitiativen des gesamten Bezirks Marzahn-Hellersdorf zu einer gemeinsamen Kundgebung vor dem Sitzungsort der Bezirksverordnetenversammlung auf. Das Motto: „Für bessere soziale Infrastruktur, gegen massive Nachverdichtungspläne in Marzahn-Hellersdorf.“ Rund 200 Menschen nahmen teil. Damit stellten die fünf Initiativen eindrucksvoll unter Beweis, dass sie auch nach Einreichung ihrer Einwohneranträge keine Ruhe geben, bis die Politik ihnen endlich zuhört und verbindliche Zusagen macht. Wir stellen die neuesten Entwicklungen vor.

Die Zahl der Einwohneranträge, die im laufenden Jahr in der Bezirksverordnetenversammlung eingereicht wurden, steigt demnächst auf vier: Nach der Initiative von der Allee der Kosmonauten 155 (Februar), dem Helene-Weigel-Platz (März) und der Hohensaatener Straße (Mai) folgen nun auch die Anwohnerinnen & Anwohner vom Tal-Center: Sie haben die benötigten 1000 Unterschriften bereits beisammen, wollen jedoch auf Nummer Sicher gehen und einen Puffer ansammeln, bevor sie ihrem Anliegen mit Hilfe des Antrags Nachdruck verleihen.

Außerdem durfte zwischenzeitlich die erste Anwohnerinitiative einen echten Erfolg feiern: Der Antrag der Initiative vom Helene-Weigel-Platz (Marzahn-Süd) wurde am 19.06. in der BVV beschlossen. Der Beschluss fordert echte Bürgerinnenbeteiligung, Verbesserungen der sozialen Infrastruktur vor Ort und einen Verzicht auf Nachverdichtung. Ein eindrucksvoller Sieg für die Kiezdemokratie im gesamten Bezirk: denn nachdem zuvor bereits ähnlich lautende Linke Anträge keine Mehrheit gefunden hatten, gaben SPD und CDU dem Druck der Anwohnerschaft nun nach. Doch gänzlich unter Dach und Fach ist die Sache noch nicht: Während die örtliche CDU ihre Unterstützung für die Baupläne auf dem westlichen Helene-Weigel-Platz inzwischen zurückgezogen hat, hält sie an einer Bebauung auf dem östlichen Teil des Platzes (rund um das ehemalige Kino Sojus) weiter fest, inklusive der Privatisierung öffentlichen Bodens, die dafür nötig wäre.

Dass Rückschläge, zumindest zwischenzeitlich, immer mal wieder passieren können, zeigt auch der Fall der Anwohnerinitiative Marzahn-Ost (Hohensaatener Straße). Denn trotz der erfolgreichen Einreichung des Einwohnerantrages im Mai hat das Stadtentwicklungsamt (unter Baustadträtin Heike Wessoly, CDU) mittlerweile eine Baugenehmigung nach Paragraph 34 Baugesetzbuch („ortsübliche Bebauung“) erteilt. Doch die Anwohnerinnen & Anwohner bleiben kämpferisch und bestehen darauf, dass die Bebauung vier Geschosse nicht überschreiten darf: „Dies heißt für unsere Anwohnerinitiative“, schreiben sie auf ihrer Website, „die Stimme lauter zu erheben, um die Bürgerrechte bereits in einer Planungsphase einzufordern!“ Dem ist nichts hinzuzufügen.



CC BY-SA 3.0 - Wolfgang Glock - Wikimedia

Schwimmbadmärchen: Bezirk und Senat stiften Verwirrung ums „Außenbecken“ in Marzahn-Hellersdorf

Die Verantwortlichen in Bezirksamt und Senat liefern nach wie vor keine verbindlichen Finanzierungszusagen für das Außenbecken des geplanten „Funktionsbades“ Marzahn-Hellersdorf. Zwar verkündeten im September erst Bezirksbürgermeisterin Nadja Zivkovic (CDU) zusammen mit Sportsenatorin Iris Spranger (SPD), zwei Wochen später dann Staatssekretärin Franziska Becker (SPD) übereinstimmend, dass die Finanzierung für das „Funktionsbad“ durch Mittel aus dem SIWA (Sondervermögen Wachsende Stadt) gesichert sei. Doch diese Zusage gilt nicht für ein Außenbecken. Als der Linke Abgeordnete Kristian Ronneburg vergangene Woche im Sportausschuss des Abgeordnetenhauses nachhakte, ob die genannten Termine (Fertigstellung und Eröffnung

2028) sich auch auf das Außenbecken beziehen, antwortete Becker ausweichend, sie habe „von einem Funktionsbad gesprochen“.

Nachdem ein sogenanntes „Kombi-bad“ (Schwimmhalle + Freibad) für Marzahn-Hellersdorf jahrelang fest versprochen war, wurde die Planung nach den massiven Kürzungen des Senatshaushalts im November 2024 zunächst auf eine einfache Typenschwimmhalle heruntergestuft. In letzter Zeit ist von einem „Funktionsbad“ die Rede. Zwar lautet das erklärte Ziel, dass ein „Außenbecken“ später nachgerüstet werden soll. „15 bis 23 Millionen Euro“ stehen für das „Funktionsbad“ zur Verfügung, aber sie schließen ein „mögliches Außenbecken“ ausdrücklich nicht ein. Auf

gut Deutsch: Der Senat weiß selbst nicht, ob die im „Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt“ bereitgestellten finanziellen Mittel am Ende reichen werden. Ohne solide Kosteneinschätzungen bleibt die Gefahr, dass vielleicht eines Tages eine Typenschwimmhalle kommt, aber nicht das Außenbecken, weil irgendwann das Geld ausgeht.

Währenddessen werden in Marzahn-Hellersdorf dringend weitere Bademöglichkeiten für die heißen Sommer benötigt. Deshalb wird die Linke in dieser Sache weiterhin Druck machen. In der Zwischenzeit sollte das Bezirksamt mindestens eine Badestelle an einem der Seen im Bezirk legalisieren. Denn selbst wenn sich noch Geld für ein Außenbecken fände, würde es noch Jahre dauern, bis es ein Freibad im Bezirk gäbe. „Und es kann schließlich nicht sein“, sagt der Linke BVV-Fraktionsvorsitzende Bjoern Tielebein, „dass das Erfrischungsbad im Sommer nur denen vorbehalten ist, die einen Garten mit Pool haben!“



Bjoern Tielebein

Fraktionsvorsitzender

✉ bjoern.tielebein@linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de

Kontakt zur Fraktion

**Die Linke Fraktion in der
BVV Marzahn-Hellersdorf**
Premnitzer Straße 13,
12681 Berlin

☎ 030 902935820 | 0155 60020818
✉ linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de
🌐 kontakt@linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de
📘 fb.com/LinksfraktionMarzahnHellersdorf
🐦 twitter.com/LinksfraktionMH

Sprechzeiten

Montag 15 - 17 Uhr
Dienstag 10 - 12 Uhr
Mittwoch 15 - 18 Uhr
Donnerstag 12 - 16 Uhr

